

KOMMENTAR

VON
SIGRID BRANDSTÄTTER

Gewagter Umweg

Bei früheren Wahlen haben sich Initiativen wie wahlkabine.at als praktisches Hilfsmittel erwiesen. Ein Algorithmus errechnet, mit welchen Parteien die eigenen Standpunkte, die zuvor über einen Fragenkatalog erhoben werden, übereinstimmen.

Dieser niederschwellige, überparteiliche Zugang für Wahlbe-

Wenn Lobbying für Kinder sehr weit gedacht wird

rechtigte ist unterstützenswert. Wenn eine Organisation wie SOS-Kinderdorf jetzt eine der Retterinnen der Wahlkabine ist, der das Geld ausgegangen ist, bekommt die Kinderschutz-Organisation freilich gegenüber ihren Unterstützern Erklärungsbedarf.

SOS-Kinderdorf will nicht nur Kindern ein geborgenes Zuhause finanzieren, wenn es die eigenen Eltern nicht können, sondern will Heranwachsenden Instrumente anbieten, um ihre Wahlrechte verantwortungsvoll einzusetzen. Dies den eigenen Förderern zu vermitteln, ist keine einfache Aufgabe. Denn Kinderschutz bedeutet noch nicht, sich auch für die politische Teilhabe von Heranwachsenden engagieren zu wollen. Wer das will, spendet direkt für entsprechende Initiativen. Insofern wird es interessant, wie die Kinderdörfer diesen neuen Weg argumentieren.

✉ s.brandstaetter@nachrichten.at

ÜBERBLICK

Steiermark: Kunasek wird erneut ausgeliefert

GRAZ. Zum dritten Mal wurde der Ex-Verteidigungsminister und jetzige steirische FP-Chef Mario Kunasek gestern im steirischen Landtag an die Justiz ausgeliefert. Die Staatsanwaltschaft hatte zuvor die Aufhebung der Immunität Kunaseks wegen des Verdachts der gefährlichen Drohung und Nötigung in Zusammenhang mit dem Finanzskandal der Grazer FPÖ beantragt.

Welche Psychologie hinter den

- Unterschiedliche Strategien in der Kommunikation mit dem Wähler
- Welche Plakate für die EU-Wahl mehr oder weniger gelungen sind

VON PHILIPP FELLINGER

LINZ. EU-Spitzenkandidat Andreas Schieder (SP) hört mit Tablet in den Händen vertrauensvoll einer jungen Frau zu. Während Reinhold Lopatka von der ÖVP „Europas Grenzen schützen“ will, fordert die grüne Spitzenkandidatin Lena Schilling zu „Herz statt Hetze“ auf – gleichzeitig beklagt die FPÖ „Öko-Kommunismus und Kriegstreiberei“.

25 Tage vor der EU-Wahl ist der Wahlkampf auf den Plakatwänden unübersehbar. Doch was sagen Slogan, Abbildung und Gestaltung eigentlich über Partei und Bewerber selbst aus? Die OÖNachrichten haben mit Daniel Witzeling, Sozialwissenschaftler und Leiter des Humaninstituts Wien, über die „Psychologie hinter den Plakaten“ gesprochen.

Eines vorweg: Selbst in einer digitalisierten Welt erfreut sich das Wahlplakat als Medium großer Beliebtheit. „Es taugt dabei aber weniger zur Gewinnung neuer Wähler, sondern eher als Signal an die Stammwählerschaft“, sagt Witzeling. Vordergründig solle der Eindruck hinterlassen werden, „wir tun eh was“, so der Medienpsychologe.

Plakate als Rorschach-Test

Und welche Nachricht soll vermittelt werden? Strategien im Plakatwahlkampf gebe es laut Witzeling viele. Die beiden Großparteien ÖVP und SPÖ hätten beide „sehr einfache Botschaften“ und viel Interpretationsspielraum gewählt – bewusst, wie der Experte sagt.

„Wer Plakate von Reinhold Lopatka oder Andreas Schieder sieht, der kann da jeden Wunsch und jede Hoffnung hineinprojizieren.“

Beide Kampagnen sollen allerdings vor allem vermitteln: große Erfahrung, keine Experimente und jene Werte, mit denen die Schwarzen und die Roten gerne in Verbindung gebracht werden.



„Das Wahlplakat taugt weniger zur Gewinnung neuer Wähler, sondern eher als Signal an die Stammwählerschaft.“

■ Daniel Witzeling,
Medienpsychologe und
Leiter des Humaninstituts Wien

Ein Plakat, das in den vergangenen Wochen Aufsehen erregte, war jenes der FPÖ. „Die Idee war relativ simpel: mehrere negative Aufregertemen und Provokationen auf einem Transparent unterzubringen.“ Die Denkweise sei laut Witzeling zwar verständlich, mache „aus Sicht der Werbepsychologie“ jedoch keinen Sinn: „Der Wähler wird überladen mit Botschaften und kann – wenn er etwa mit dem Auto an einer Wand vorbeifährt – nur einen Bruchteil davon mitnehmen.“

Auch das Profil von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj sei auf den ersten Blick nicht erkennbar – „das ist überfordernd“, sagt Witzeling.

Warum weniger mehr ist

In der Werbeindustrie habe sich deshalb nicht ohne Grund seit Jahrzehnten der Leitspruch „weniger ist mehr“ durchgesetzt. Es sei nicht verwunderlich, dass die Blauen bereits vergangene Woche eine zweite Kampagne unter dem Motto „Vorhang auf für unser Österreich“ ausgerollt hätten. „Das ist ein bewusster Stilbruch, die Botschaft ist eingängig und positiv – und auch der Spitzenkandidat Harald Vilimsky ist erstmals zu sehen“, sagt Witzeling.



ÖVP-Spitzenkandidat Reinhold Lopatka nutzt auf seinen Plakaten einfache Botschaften, die bewusst Interpretationsspielraum zulassen. Foto: APA/Manhart



Für eine ähnliche Strategie wie Lopatka hat sich laut dem Medienpsychologen auch SPÖ-Kandidat Andreas Schieder entschieden. Foto: APA/Manhart

Interessant zu beobachten werde in der verbleibenden Zeit bis zum Wahlsonntag, wie sich die Kampagne der grünen Spitzenkandidatin Lena Schilling entwickle.

„Angesichts der Vorwürfe, die über Schilling vor rund einer Woche bekannt geworden sind, stehen das Motiv und der Spruch natürlich im krassen Gegenteil zur jüngsten Berichterstattung“, sagt Witzeling. Der Grundgedanke sei ein „absoluter Positivwahlkampf gewesen, eine Darstellung des ‚Guten‘ auf einem Plakat“. Ob und wie die Grünen noch reagieren, bleibt offen (siehe Seite 3).

Wenn die Neos „die Vereinigten Staaten von Europa“ forderten und dabei sich abwechselnde Sujets des russischen Präsidenten

Wladimir Putin oder des amerikanischen Präsidentschaftskandidaten Donald Trump zeigten, dann sei das laut Witzeling „medienpsychologisch sehr clever“. Nicht nur seien die Plakate ein Blickfang, sie würden auch sehr geradlinig das kommunizieren, was den Pinken unter Spitzenkandidat Helmut Brandstätter wichtig sei – ein unabhängiges und geeintes Europa.

Der Reim als Strategie

Mit „Wohnen statt Kanonen“ stellt die KPÖ heuer als einzige Partei einen Reim in den Mittelpunkt ihrer Plakate. „Reime funktionieren grundsätzlich gut, ein Problem könnte jedoch die mangelnde Bekanntheit der beiden Kandidaten Claudia Krieglsteiner und Günther Hopfgartner sein.“

Im Landtag wird über Bodenverbrauch und Klimaschutz diskutiert

Der EU-Wahlkampf wird auch ins Linzer Landhaus getragen – mehr Geld braucht es für Krankenhäuser und Krabbelstuben

LINZ. Die steigenden Finanzbedarfe für die Gesundheitsholding und ihre Beteiligung Kepler Klinikum stehen auf der Tagesordnung für die Landtagssitzung morgen, Donnerstag. Die Mittelfrist-Planung zeigt, dass die Abgänge steigen werden – von 414 Millionen 2024 auf mehr als 500 Millionen Euro in 2028. Nicht nur der Landesbeitrag steigt (von 352 auf 428 Millionen). Auch die Belastung für die Gemeinden wird laut den Planungen steigen – von heuer 165,5 Millionen auf fast 202 Millionen bis 2028.

■ Auch auf der Agenda steht die **Abänderung des Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes**. Damit wird Vormittagsbetreuung in den Krabbelstuben wie angekündigt ab September kostenfrei. Abgeordnete Helena Kirchmayr nennt das einen

„wesentlichen Baustein auf dem Weg zur Wahlfreiheit für Familien“. Die Neos beantragen eine einheitliche Bedarfserhebung in den Gemeinden und Tagesöffnungszeiten von 9,5 Stunden. Derzeit liegen diese bei 8,4 Stunden im Schnitt.

■ In der aktuellen Stunde wird es **umweltpolitische Debatten** geben. Die Grünen bringen mit den Neos einen dringlichen Antrag ein. Dass dem stattgegeben wird, ist zwar nicht anzunehmen. Die Debatte über den Bodenverbrauch wird Raumordnungslandesrat Markus Achleitner aber ärgern. „Zu viel Verbrauch, zu viele Eingriffe – unsere Böden sind gefährdet. Darauf müssen wir reagieren“, sagt der grüne Klubobmann Severin Mayr. „Die To-do-Liste ist lang, Bodenschutz betrifft die Raumordnung.“



Die Landtagsklubs bereiten sich für die Sitzung am Donnerstag vor. (Weihbold)

Die Neos argumentieren fast im Gleichklang. Klubobmann Felix Eypeltauer: „Die Ressource Boden ist begrenzt. Bodenschutz bedeutet daher, dass wir verantwortungsvoll damit umgehen und wirklich haushalten müssen.“ Die frucht-

barsten Böden seien aufgrund der Klimaveränderung im oberösterreichischen Zentralraum. „Dort ist der Siedlungsdruck aber am größten“, so der grüne Abgeordnete Rudi Hemetsberger. „Wir werden Flächen brauchen. Ein Weg dazu

wäre ein Handel und Abtausch über Gemeindegrenzen hinweg.“

Die Grünen ärgern sich über die verschleppte Klimaschutzpolitik. Ein eigener Unterausschuss wurde im Dezember 2021 eingesetzt, ein Jahr später erst konstituiert und hat seither zweimal getagt. Das sei nicht hinnehmbar, so die Grünen.

■ Die EU und die **EU-Wahl** werden in der aktuellen Stunde diskutiert. VP-Klubobmann Christian Dörfel will auf die Vorteile der EU hinweisen, die FP hingegen auf die EU-Skepsis: „Nur 42 Prozent unserer Landsleute bewerten die EU positiv – der schlechteste Wert aller Mitgliedsstaaten. Eine Kurskorrektur in der EU ist daher notwendiger denn je“, so Klubobmann Herwig Mahr. Neos, SPÖ und Grüne wollen eine Europastunde einführen. (sib)